



Jahresziele 1999

der Eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 15. März 1999)

Inhalt

Einleitung	1
-------------------------	---

Jahresziele 1999 der Departemente und der Bundeskanzlei

– Bundeskanzlei	2
– Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
– Departement des Innern	10
– Justiz- und Polizeidepartement	15
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	19
– Finanzdepartement	22
– Volkswirtschaftsdepartement	26
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	31

Anhang 1: Jahresziele 1999 des Bundesrates im: Überblick	34
---	----

Anhang 2: Jahresziele 1999 des Bundesrates: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte	36
---	----

Einleitung

In Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) ist vorgesehen, dass die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates planen. Die jährliche Planung der Departemente muss nicht nur die eigenen Ziel, sondern auch die des Bundesrates einbeziehen.

Zur Erinnerung: Diese werden am Ende des Jahres für das Folgejahr auf Vorschlag der Departemente gutgeheissen.

Für die Ziele der Departemente, von denen dieses Dokument handelt, sind die Departemente selber verantwortlich. Der Handlungsspielraum der Departemente bleibt somit gewahrt. Ausserdem steht es den Departementen frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren - und vor allem umzusetzen - oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Artikel 51 des RVOG folgend stellt der Bundesrat einfach sicher, dass die Jahresplanung der Departemente mit dem Legislaturprogramm und seinen eigenen Zielen übereinstimmt und dass sie sich für die Kommunikation eignet. Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Artikel 32, 30 RVOG).

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Bundeskanzlei

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<p><u>Ziel 1</u> Konkretisierung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundeskanzlers und der Bundeskanzlei bei der Erarbeitung von kohärenten politischen und informationspolitischen Strategien des Bundesrates</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die BK legt 1999 einen Vorschlag für eine Verstärkung und bessere institutionelle Abstützung der Vorbereitungsarbeiten zur Legislaturplanung vor ➤ Die BK führt die Legislaturplanung 1999-2003 nach neuem Muster durch ➤ Auf Basis der verbesserten Grundlagenarbeiten und der verbesserten Planung werden eine kohärente Planung und Schwerpunkte der Informationspolitik abgeleitet
<p><u>Ziel 2</u> Bereitstellung der notwendigen und leistungsfähigen Mittel zur Gewährleistung der Unterstützung des Bundesrates in seiner Leitungs- und Aufsichtsfunktion</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die BK unterbreitet bei umstrittenen Geschäften Vorgehensvorschläge ➤ Die BK realisiert im Rahmen des Projekts ➤ „EXE - Informatisierung Bundesratsgeschäfte (BRG)“ einen Pilotbetrieb ➤ Optimierung des Einsatzes der Datenbank „Geschäftsstandsliste“ ➤ Konsolidierung und Weiterentwicklung der halbjährlichen Zwischenbilanzen ➤ Konsolidierung und Weiterentwicklung der halbjährlichen Orientierungsrahmen
<p><u>Ziel 3</u> Entwicklung und Umsetzung der neuen Kommunikationsmittel zur Verbesserung der internen und externen Information</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gewährleistung des Informationsangebots auf Internet für das Parlament, die Kantone und die interessierte Öffentlichkeit ➤ Bestandesaufnahme aller bestehenden und neuen BK-internen und externen Informationsquellen

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Konzept für die flächendeckende Erstellung der technischen Voraussetzungen für den Abruf der neuen Kommunikationsmittel an jedem Arbeitsplatz ➤ Ausbildung der Mitarbeitenden der BK zur optimalen Nutzung der neuen Informationsmittel
<p><u>Ziel 4 *</u> Letzte Umsetzungsentscheide zur Verwaltungsreform</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung und Begleitung der Departemente bei der Erarbeitung und beim Vollzug ihrer Organisationverordnungen ➤ Vollzugsunterstützung der Departemente bei der Anpassung ihrer Facherlasse an RVR-bedingte Änderungen
<p><u>Ziel 5</u> Umsetzung der Reformen der Bundeskanzlei im Rahmen von NOVE TRE und Verbesserung der Integration neuer Mitarbeiter</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeitung der Organisationsverordnung des Bundesrates sowie des Geschäftsreglementes für die BK ➤ Erarbeiten und umsetzen einer Personalpolitik BK ➤ Erstellen und einführen eines Aus- und Weiterbildungskonzeptes für die BK

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<p><u>Ziel 1</u> *</p> <p>Beziehungen zur EU: Genehmigungsverfahren der bilateralen sektoriellen Abkommen und parlamenta-rische Debatte zur Stellung der Schweiz in Europa</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Botschaft zu den Ergebnissen der bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit den sieben Abkommen, den notwendigen Gesetzesänderungen und den flankierenden Massnahmen➤ Integrationsbericht 1999➤ Botschaft zur Initiative „Ja zu Europa!“/ Indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates➤ Informationskonzept Europa: Umsetzung
<p><u>Ziel 2</u> *</p> <p>Vorarbeiten zum UNO-Beitritt</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Erarbeitung eines „Programms“ für das Engagement der Schweiz als UNO-Mitglied, auf das später die bundesrätliche Botschaft aufbauen kann➤ Intensivierung der Informationsanstrengungen über Tätigkeiten der Schweiz im UNO-Bereich, um in der Bevölkerung die Grundlage für eine nuancierte Beitrittsdebatte zu schaffen➤ Begleitung der Nationalratsdebatte zum UNO-Bericht und der öffentlichen Debatte zur UNO-Beitrittsinitiative

<p>Ziel 3 *</p> <p>Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes:</p> <ul style="list-style-type: none">• Allgemein <ul style="list-style-type: none">• Im Zusammenhang mit der Wahrung der schweizerischen Interessen im Bereich Schweiz-Zweiter Weltkrieg	<ul style="list-style-type: none">➤ Planung und Einleitung von langfristig ausgerichteten Anstrengungen zur Vermittlung unseres Landes in seiner Vielfalt (intensivere Zusammenarbeit mit ausländischen Medien, Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit im weitesten Sinne, vermehrter Austausch von Schülern, Studierenden und Professoren)➤ Ausarbeitung eines Berichts mit Business Plan über die Neuorientierung und Stärkung der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (KOKO), gestützt auf verschiedene Studien und Hearings➤ Konkretisierung wichtiger KOKO-Projekte wie Expo 99 Kunming, Expo 2000 Hannover, Umsetzung des neuen Dokumentationskonzepts, neuer Auftritt im Internet in Zusammenarbeit mit SRI usw.➤ Verstärkung der kulturellen Aktivitäten des EDA➤ Dialog mit wichtigen Zielgruppen, namentlich in den USA➤ Vertretung der schweizerischen Interessen an den in Aussicht gestellten allfälligen Folgeveranstaltungen der Washingtoner Konferenz➤ Begleitung der Arbeiten von Spezialfonds, Bergier-Kommission, Volcker-Komitee und Eagleburger-Komitee sowie von allfälligen Massnahmen in den Bereichen Erziehung und Kunsthandel
--	--

<p><u>Ziel 4</u> Verstärktes Engagement in Konfliktprävention und -lösung mit ausgewählten Schwerpunkten, wenn möglich mit gleichgesinnten Ländern</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abgestimmter Einsatz verschiedener aussenpolitischer Instrumente in den Schwerpunktgebieten ➤ Aktive Beobachtung anderer Konfliktgebiete mit evtl. punktuellen Aktionen ➤ Verstärkung der Zusammenarbeit mit Südafrika vor allem im afrikanischen Kontext ➤ Fortführung des Engagements in internationalen Organisationen wie der OSZE und der UNO
<p><u>Ziel 5</u> „Human security“ mit Schwerpunkt Kleinkaliber- und leichte Waffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verstärkte Zusammenarbeit mit Kanada und Norwegen auf der Grundlage der Lysoen Erklärung ➤ Intensivierung der Anstrengungen zur Kontrolle von Kleinkaliber- und leichten Waffen: Durchführung von Workshops in der Schweiz im Rahmen der UNO und PfP; Mitwirkung an den Arbeiten im Rahmen der vorgesehenen UNO-Konvention über das transnationale organisierte Verbrechen (UNTOC); (Mit)finanzierung von konkreten Projekten im Rahmen des von der Schweiz unterstützen „UNDP Trust Fund for Support to Prevention and Reduction of the Proliferation of Small Arms“ ➤ Fortführung des Engagements im Kampf gegen Antipersonenminen: Aktive Mitwirkung im Ottawa-Prozess, Entwicklung von Leitlinien für Hilfe an Minenopfer und deren Umsetzung, Stärkung der Rolle Genfs, das auch das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Entminung beherbergt ➤ Unterstützung der Anstrengungen, die Lage von Frauen und Kindern in Konflikten zu verbessern

<p><u>Ziel 6</u> Förderung des humanitären Völkerrechtes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Präsentation der Botschaft über die Konvention über das Verbot und die Verhütung des Völkermordes ➤ Vorbereitung des Beratungsprozesses im Hinblick auf die Ratifizierung des Statuts des Internationalen Strafgerichtsofs durch die Schweiz ➤ Entwicklung der schweizerischen Aktivitäten im Rahmen von PfP (Abklärungen und allfällige Vorbereitung, um schweizerische Expertise in entstehende PfP-Ausbildungszentren einzubringen; Durchführung von und Beteiligung an Workshops, Treffen und Seminaren)
<p><u>Ziel 7</u> Einsatz für die Menschenrechte</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausbildung und Einsatz von Menschenrechtsbeobachtern ➤ Einsatz für die Annahme des Fakultativprotokolls zur Kinderrechtskonvention ➤ Mandat Naher Osten (Hüter der menschlichen Dimension) ➤ Weiterführung der bilateralen Menschenrechtsdialoge und Überprüfung der Wirksamkeit der schon lange dauernden ➤ Annahme des Fakultativprotokolls zur Antifolterkonvention
<p><u>Ziel 8</u> Nutzung von Synergien zwischen Entwicklungspolitik, Migrationspolitik und anderen Politikbereichen, Förderung der internationalen und departementsübergreifenden Zusammenarbeit im Migrationsbereich</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verstärkung der Präsenz der Schweiz in internationalen Diskussionen zum Thema Entwicklung und Migration (IOM, IGC) ➤ Systematische Prüfung der Wechselwirkungen zwischen Entwicklung und Handel in Ländern mit schwerwiegenden Problemen im Wegweisungsvollzug abgewiesener Asylbewerber und illegal Eingereister ➤ Berücksichtigung der Komponenten Menschenrechte und Wiederaufbau der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung von Flüchtlings-Rückkehrkonzepten

<ul style="list-style-type: none"> • China 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufbau bilateraler Kontakte (Staatsbesuch Präsident Jiang Zemins in der Schweiz, Arbeitsbesuch von Bundesrat Couchepin in China, Teilnahme an der Blumenschau '99 in Kunming) ➤ Stärkung des üblichen Rahmens (Unterstützung des „Sino-Swiss Partnership Fund“, Erreichung der Bezeichnung der Schweiz als Bestimmungsland des chinesischen Tourismus) ➤ Schaffung neuer Zusammenarbeitsbereiche, beispielsweise im kulturellen Bereich
<p><u>Ziel 10</u> Möglichst koordinierter Einsatz der aussenpolitischen Instrumente im Balkan</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterführung der TZ-Länderprogramme in den Schwerpunktländern Albanien, Bulgarien, Mazedonien und Rumänien sowie des Sonderprogramms in Bosnien-Herzegowina ➤ Verstärkung des Engagements der Schweiz in der Krisenregion Kosovo (humanitäre Hilfe, Beteiligung an der Kosovo-Verifikationsmission der OSZE, punktuelle friedensfördernde Projekte, ggf. Rückkehrhilfe) ➤ Weiterführung der Finanzhilfeprogramme in ausgewählten Sektoren (v.a. Energie und Telekommunikation) ➤ Weiterführung friedenserhaltender Massnahmen zur Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen mit Schwergewicht in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Mazedonien ➤ Weiterführung der bilateralen Assistenzprogramme im Rahmen von PfP mit Albanien und Mazedonien

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Departement des Innern

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<p><u>Ziel 1</u> *</p> <p>Vorbereiten der Umsetzung der Reformen im Hochschulbereich und Förderung der wissenschaftlichen Forschung</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Anpassung der Verordnung zum neuen Universitätsförderungsgesetz (UFG)➤ Anpassung der Verordnung zum Forschungsgesetz➤ Schaffung eines Instituts für Qualitätssicherung➤ Vorbereitung der neuen Programme gemäss UFG (Nachwuchsförderung, Chancengleichheit, virtueller Campus, SWITCHng, Schweizerisches Netzwerk für Innovation, Kooperationsprojekte der kantonalen Universitäten)➤ Vorbereitung der Zusammenarbeitsvereinbarung Bund/Kantone im universitären Hochschulbereich➤ Vorbereitung des Leistungsauftrags an den ETH-Rat➤ Weiterentwicklung des Koordinationsprojekts Uni Lausanne, Uni Genf, EPFL➤ „Genève internationale“: Verbesserung der Koordination und Integration der wissenschaftspolitischen Institutionen mit internationalem Bezug auf dem Platz Genf

<p><u>Ziel 2</u> * Beteiligung an europäischen Forschungs- und Bildungsprogrammen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Umstellung von der Beteiligung am 4. auf das 5. EU-Forschungsrahmenprogramm ➤ Vorbereitung der integralen Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen ➤ Erarbeitung von neuen rechtlichen Grundlagen für die Beteiligung am Fusionsprogramm ➤ Aufnahme von Verhandlungen für die Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen
<p><u>Ziel 3</u> * Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit ausserhalb der EU-Programme</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Konsolidierung der internationalen Zusammenarbeit durch verstärkte Mitarbeit der Schweizer Delegation und Verknüpfung der internationalen mit der nationalen Forschungspolitik ➤ Vorbereitung der Umsetzung der nationalen Begleitfinanzierung ➤ Round Table mit Japan in der Schweiz
<p><u>Ziel 4</u> * Verbesserte Transparenz und koordinierter, zielgerichteter Mittlereinsatz in der nationalen Forschung und Bildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss von Leistungsvereinbarungen, insbesondere mit dem SNF, den Akademien, der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung und der Zentralstelle für Hochschulwesen ➤ Abschluss der ersten Phase der Realisierung der Forschungsdatenbank ARAMIS
<p><u>Ziel 5</u> * Konsolidierung und finanzielle Absicherung der Sozialversicherungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Botschaft zur 11. AHV-Revision ➤ Botschaft zur 1. BVG-Revision ➤ Botschaft zur Revision der freiwilligen Versicherung in der AHV/IV ➤ Vorbereiten des zweiten Teils der 4. IV-Revision mit den Schwerpunkten Einführung einer Assistenzentschädigung und Schaffung eines Anreizsystems zur beruflichen Eingliederung behinderter Personen

<p><u>Ziel 6</u> * Reformen im Bereich der Krankenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vernehmlassung zu einer Teilrevision des KVG zur Frage der Spitalfinanzierung und Vorbereiten der entsprechenden Botschaft ➤ Botschaften zu den Volksinitiativen „für tiefere Arzneimittelpreise“, „für tiefere Spitalkosten“ und „für eine freie Arzt- und Spitalwahl“
<p><u>Ziel 7</u> Liberalisierung/Privatisierung SUVA</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereiten der Entscheidungsgrundlagen für den Bundesrates
<p><u>Ziel 8</u> Entwicklung einer nationalen Gesundheitspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Zusammen mit den Kantonen und weiteren wichtigen Partnern wird anlässlich einer nationalen Gesundheitskonferenz der Startschuss für eine schweizerische Gesundheitspolitik mit gemeinsamen Zielen, klaren Rollen und einer koordinierten Steuerung gegeben

<p><u>Ziel 9</u> * Verbesserung der Lebensqualität</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vernehmlassung zu einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes ➤ Nach erfolgreicher Volksabstimmung zum Verfassungsartikel über die Transplantationsmedizin im Februar wird das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf für ein Transplantationsgesetz vorbereitet ➤ Zusammen mit dem EJPD (BJ) wird die Verordnung über eine nationale Ethikkommission im Humanbereich ausgearbeitet, die Kommission eingesetzt und die Koordination mit der Ethikkommission des Ausserhumanbereichs sichergestellt ➤ Realisierung des Programms für einen bewussten Umgang mit Alkohol ➤ Botschaft zu einem Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz) ➤ Vorbereitung der Botschaft zu einem Heilmittelgesetz und der Vollzugsverordnungen ➤ Weiterführung der Projektierungsarbeiten für eine reibungslose Betriebsaufnahme des Schweizerischen Heilmittelinstituts (SHI) am 1. Juli 2000
<p><u>Ziel 10</u> * Förderung der schweizerischen Kultur und der Verständigung zwischen den Landesteilen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Botschaft und Entwurf zu einem Amtssprachengesetz ➤ Erstellen eines Kulturberichts als Grundlage für die anstehende Verfassungsdiskussion ➤ Botschaft zu einer Revision des Filmgesetzes ➤ Revision der Verordnung über die eidgenössische Kunstpflege ➤ Revision der Verordnung über die Förderung und Hebung der angewandten Kunst ➤ Grundsteinlegung für ein neues nationales Kompetenzzentrum für Photographie (Photoarchiv bzw. -zentrum) an der ETH Zürich

<p><u>Ziel 11</u> Vollzug des Gleichstellungsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Entwicklung eines Konzepts zur Beurteilung von Projekten gemäss Artikel 14 und 15 GIG ➤ Publikation verschiedener rechtlicher Studien ➤ Durchführen von Informationssitzungen und Seminarien
<p><u>Ziel 12</u> Folgearbeiten der 4. Weltfrauenkonferenz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Veröffentlichung des „Nationalen Aktionsplans“ und Sicherstellung des Vollzugs durch die verschiedenen Adressaten
<p><u>Ziel 13</u> Sicherung und Erhaltung der Aktenbestände</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erlass der Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Archivierung ➤ Im Rahmen der systematischen Überprüfung der Aktenlage in den wichtigsten Bundesämtern wird die Sicherung der Aktenbestände vor 1970 abgeschlossen ➤ Probeweise Inbetriebnahme der Massensäuerungsanlage zur Bestandserhaltung ➤ Bedürfnisgerechte Weiterentwicklung der Benutzungsinfrastruktur insbesondere für audiovisuelles Archivgut
<p><u>Ziel 14</u> Vorbereitung der Volkszählung 2000</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verordnung über die Volkszählung 2000 ➤ Erarbeiten eines Entwurfs zur Verordnung über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister ➤ Aufnahme der Konzeptarbeiten zum Auswertungs- und Analyseprogramm ➤ Generalprobe 1999
<p><u>Ziel 15</u> Vorbereiten des Statistischen Mehrjahresprogramms 1999-2003</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführen der Konsultationen bei den interessierten Kreisen und Erarbeiten des Statistischen Mehrjahresprogramms

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<u>Ziel 1</u> Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Departement ist im Internet
<u>Ziel 2</u> * Weiterverfolgen der Arbeiten an der Verfassungsreform; Vorbereitung der Umsetzung der Justizreform mit dem Bundesgerichtsgesetz	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat wird nach Bereinigung der Differenzen in den zentralen Punkten der Justizreform (Verfassungsgerichtsbarkeit und Zugangsbeschränkung) die Leitlinien für die Ausarbeitung der Botschaft zum Bundesgerichtsgesetz und den damit zusammenhängenden Bestimmungen über die unterinstanzliche Verwaltungs- und Strafgerichtsbarkeit festlegen
<u>Ziel 3</u> * Voranbringen der Arbeiten an der Staatsleitungsreform	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat nimmt in der ersten Hälfte 1999 Kenntnis vom Ergebnis der Vernehmlassung ➤ Die Botschaft wird in der zweiten Hälfte 1999 verabschiedet
<u>Ziel 4</u> Voranbringen der Arbeiten zum Bundesgesetz über die Öffentlichkeit in der Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung wird Ende 1999 eröffnet
<u>Ziel 5</u> * Konsolidierung und Neuausrichtung der Ausländerpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des ANAG wird in der zweiten Jahreshälfte eröffnet ➤ Der Verzicht auf das Drei-Kreise-Modell ist evaluiert ➤ Das Ergebnis der Prüfung eines Punktesystems bei der Zulassung für Angehörige ausserhalb der EU-Staaten liegt vor

<p><u>Ziel 6</u> * Verbesserung des Vollzugs und Stabilisierung der Ausgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das totalrevidierte Asylgesetz und die dazugehörigen Verordnungen werden auf den 1. Juli 1999 in Kraft gesetzt und damit ein kurzfristiges Sparziel von 80 – 100 Mio. pro Jahr realisiert ➤ Die Zentralstelle Wegweisungsvollzug im BFF und das gemeinsame Verfahrens- und Vollzugscontrolling mit den Kantonen sind operationell. Die Einführung eines Bonus/Malus-Systems ist konzipiert ➤ Es liegen Varianten zu einer grundlegenden Reform der Finanzierung des Asylbereichs vor
<p><u>Ziel 7</u> * Bilaterale Verträge mit allen Nachbarstaaten im Bereich der grenzüberschreitenden justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit abschliessen. Die Bemühungen für eine engere Zusammenarbeit mit den EU-Staaten sollen weitergeführt werden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vertragsverhandlungen mit Deutschland für eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzorgane sowie mit Österreich über ein Grenzpolizeiabkommen und über eine Anpassung des Rückübernahmeabkommens sind abgeschlossen und die Abkommen unterzeichnet ➤ In der zweiten Jahreshälfte ist eine Neubeurteilung über die Strategie zur Annäherung an den Amsterdamer-Vertrag der EU vorzunehmen

<p><u>Ziel 8</u> * Weitere Massnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Korruptionsstrafrecht ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zum Sexualstrafrecht (Verjährung, Besitz harter Pornografie) ist verabschiedet ➤ Die Vernehmlassung für eine „Sharing“-Regelung ist eröffnet ➤ Der Vorentwurf zur Vereinheitlichung der Strafprozessordnungen wird ausgearbeitet ➤ Die Vernehmlassung zu einem Ausweisschriftengesetz ist eröffnet ➤ Die Botschaft zu einem Überstellungsvertrag mit Thailand ist verabschiedet ➤ Das Projekt „Überprüfung System innere Sicherheit Schweiz/Grenzkontrollen und Zukunft des GWK“ wird initialisiert
<p><u>Ziel 9</u> * Verbesserung der wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz) ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Muster und Modelle (Designschutzgesetz) ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zum Fusionsgesetz ist verabschiedet. ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Versicherungsaufsicht und zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zur Revision der kaufmännischen Buchführung (EDV-Buchführung) ist verabschiedet ➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zum Rechnungslegungsrecht wird Kenntnis genommen ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Rechts der GmbH wird eröffnet

<p><u>Ziel 10</u> Weitere Synergiepotentiale im Departement sind ermittelt und das betriebswirtschaftliche Führungsinstrument ist weiter verfeinert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Strukturen im Polizeibereich des Bundes werden bereinigt ➤ Die Anwendung der Leistungserfassung ist zu vereinheitlichen und gewisse allgemeinverbindlichen Kostenträger sind zu definieren ➤ Die organisatorische Struktur des Leistungserbringers im EJPD gemäss NOVE IT steht bis Mitte Jahr fest. Die personellen Transfers sind bis Ende Jahr realisiert. Die Struktur der Leistungsbezüger in den Ämtern ist ab 1. Januar 2000 operationell ➤ Im Budgetierungsprozess VA 2000 und FP 2001-2003 sind die Personalausgaben integriert ➤ Die Bildung eines Kompetenzzentrums Ressourcen in Wabern ist konzipiert ➤ Die Organisationserlasse EJPD sind auf den 1. Januar 2000 in Kraft zu setzen
<p><u>Ziel 11</u> Weitere Rechtssetzungsprojekte</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Haager-Adoptionsübereinkommen ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zum Rückzug von Vorbehalten zur EMRK ist verabschiedet ➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zur Bioethikkonvention und Genomanalyse wird Kenntnis genommen

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 1999 <small>* Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates</small>	Massnahmen 1999
<p><u>Ziel 1</u> *</p> <p>Die neuen Aufträge an die Armee XXI und an den Bevölkerungsschutz sind erteilt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Sicherheitspolitische Bericht 2000 ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die laufenden Geschäfte und Projekte sind konsequent auf die künftigen Bedürfnisse von Armee XXI und Bevölkerungsschutz ausgerichtet. Das vom VBS vorgeschlagene Rüstungsprogramm 1999 wird vom Parlament genehmigt ➤ Die Planungsarbeiten für Armee XXI und Bevölkerungsschutz sind bis Ende Jahr soweit konkretisiert, dass die wesentlichen Elemente der künftigen Doktrin genehmigt sind und die Leitbilder im Laufe des Jahres 2000 der Geschäftsleitung VBS vorgelegt werden können
<p><u>Ziel 2</u> *</p> <p>Das VBS, die Truppe und der Zivilschutz bringen ihre Stärken und Kompetenzen vermehrt nach aussen zum Tragen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das VBS, die Truppe und der Zivilschutz schaffen durch ihre Leistungsbereitschaft und ihre Leistungsfähigkeit Vertrauen bei den in- und ausländischen Partnern ➤ Das VBS baut die Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden aus ➤ Das VBS nutzt seinen aussenpolitischen Handlungsspielraum und verstärkt den Dialog und die Kontakte ➤ Die gezielte Förderung der internen Kommunikation und geeigneter Kandidaten/-innen für Führungspositionen (Management Development) werden als zentrale Elemente des Change Management weiter ausgebaut

<p><u>Ziel 3 *</u> Die Führungs- und Verwaltungsstrukturen des VBS werden schrittweise den neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Grundlagenentscheide der Geschäftsleitung VBS zur VBS-Holdingstruktur sind gefällt ➤ Der neue Rüstungskonzern Ruag Suisse AG ist operativ ➤ Die Untergruppe „Friedensförderung und Sicherheitskooperation“ im Generalstab funktioniert vernetzt ➤ Der Informationsbeschaffung und damit der Frühwarnung wird ein verstärktes Gewicht beigemessen
<p><u>Ziel 4</u> Die abnehmenden Ressourcen werden ökonomisch eingesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Management von Personal und Finanzen erfolgt gruppenübergreifend, flexibel und prioritätenorientiert ➤ Im Rahmen des Ausgabenplafonds für den Verteidigungsbereich sind Akzentverschiebungen jederzeit möglich ➤ Die Verzichtsplanung des VBS ist als Instrument des strategischen Managements ausgebaut. Sie erfolgt gruppenübergreifend und orientiert sich an den künftigen Bedürfnissen
<p><u>Ziel 5</u> Die strategische Bedeutung der Informatik schlägt sich in den Informationsprojekten nieder</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Uebergang ins Jahr 2000 erfolgt im VBS reibungslos ➤ Die Kostenvorgaben für die Projekte sind eingehalten ➤ Die Vorgaben für die Informatiksicherheit werden umgesetzt ➤ Die Benutzerinteressen sind angemessen berücksichtigt

<p><u>Ziel 6</u> * Der gesellschaftliche Stellenwert des Sports wird weiter gefestigt</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Das VBS schafft optimale Voraussetzungen zur Vergabe der Olympischen Winterspiele 2006 an die Schweiz➤ Das neue Bundesamt für Sport nimmt die Aufgaben eines Fachhochschulstudienganges Sport wahr➤ Das neue Bundesamt für Sport funktioniert und schafft die Voraussetzungen für den Pilotversuch FLAG➤ Das Bundesamt für Sport schafft im Rahmen der Heilmittelgesetzgebung Voraussetzungen für eine wirksamere Dopingbekämpfung
<p><u>Ziel 7</u> Die Landestopographie ist erfolgreich am Markt tätig</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Der laufende Leistungsauftrag wird erfüllt oder übertroffen➤ Die Integration der Eidgenössischen Vermessungsdirektion in die Eidgenössische Landestopographie ist erfolgreich abgeschlossen➤ Das interdepartementale Kompetenzzentrum für geographische Informationssysteme nimmt am 1. Januar 2000 seine Aktivitäten auf

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Finanzdepartement

Jahresziele 1999 <small>* Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates</small>	Massnahmen 1999
<u>Ziel 1</u> Finanzleitbild	➤ Das Finanzleitbild ist erstellt
<u>Ziel 2</u> Schuldenbremse	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 3 *</u> Neuer Finanzausgleich	➤ Die Vernehmlassung ist durchgeführt
<u>Ziel 4 *</u> Neue Finanzordnung mit ökologischen Anreizen	➤ Die Vernehmlassung ist durchgeführt
<u>Ziel 5</u> Stabilisierungsprogramm 1998	➤ Das Stabilisierungsprogramm 1998 ist in Kraft
<u>Ziel 6 *</u> Stiftung „Solidarische Schweiz“	➤ Nach Vorliegen einer klaren - vom Volk gutgeheissenen - Verfassungsgrundlage für die beabsichtigte Goldübertragung an die Stiftung: Erstellung der Botschaft
<u>Ziel 7</u> FLAG	➤ Festlegung von Prüfkriterien für die Beurteilung der Budgeteingaben und der Betriebsrechnungen der FLAG-Ämter ➤ Bereinigung der Leistungsaufträge der Neuanwender 2000 einerseits sowie der Leistungsvereinbarungen der Neuanwender 1999 andererseits ➤ Die aufgrund der Standortbestimmung vom Bundesrat für 1999 vorgesehenen Massnahmen sind umgesetzt

<p><u>Ziel 8</u> * Subventionsbericht Teil II</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Veröffentlichung des Abschlussberichts sowie des 2. Controlling-Berichts.
<p><u>Ziel 9</u> * Modernisierung der Personalpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Ausführungsbestimmungen BPG für die gesamte Bundesverwaltung sind vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Ausführungsbestimmungen BPG für die allgemeine Bundesverwaltung liegen im Entwurf vor ➤ Die Umsetzung POP ist gemäss vorgesehennem Fahrplan (BRB 18.11.98) erfolgt
<p><u>Ziel 10</u> * BV Plus</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Voraussetzungen für den Produktivstart der Pilotbereiche per 1.1.2000 sind erfüllt
<p><u>Ziel 11</u> Konsolidierung CCSAP BV</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das CCSAP BV ist in der Lage, den Produktivbetrieb der Pilotbereiche BV PLUS ab 1.1.2000 aufzunehmen ➤ Gezielte Akquisition von Mitarbeitern sowie deren Ausbildung
<p><u>Ziel 12</u> * Restrukturierung EVK</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Restrukturierungsmassnahmen 1999 sind auf der Basis eines integrierten Masterplans und zur weitestgehenden Zufriedenheit der verschiedenen Zielgruppen geplant und teilweise umgesetzt.
<p><u>Ziel 13</u> Optimierung der Tagesgeschäfte EVK</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Tagesgeschäft in der PKB, der EAK und dem Sozialwesen ist qualitativ verbessert und à jour. Die Unterstützung durch die Geschäftsleitung ist sichergestellt

<p><u>Ziel 14</u> * Aufbau Neue Pensionskasse</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Grundlagen für den „Bau“ der neuen Pensionskasse sowohl auf der rechtlichen wie auf der betrieblichen Seite sind weitestgehend vorhanden ➤ Das PKB-Gesetz ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Aussprachepapier Unternehmungskonzept Neue PKB vom Bundesrat behandelt ➤ Detailkonzepte/Umsetzungspläne inkl. Personalbedarfsplanung mit den wichtigsten Zielgruppen besprochen
<p><u>Ziel 15</u> * Umsetzung der neuen Anlagestrategie der Pensionskasse des Bundes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Neue Anlagepolitik der PKB ist umgesetzt
<p><u>Ziel 16</u> Mehrwertsteuergesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung der Vollzugserlasse
<p><u>Ziel 17</u> Fusionsgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung des Steuerteils
<p><u>Ziel 18</u> * Teilreformen des Steuersystems Expertenberichte „Steuerlücken“ und „Familienbesteuerung“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Auswertung der Berichte ➤ Erarbeitung von Vorschlägen
<p><u>Ziel 19</u> Totalrevision Zollgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fertigstellung des Entwurfs und Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
<p><u>Ziel 20</u> Umsetzung LSVA</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erfassungsgerät: Feldversuche abgeschlossen; Serienproduktion im Gang ➤ Realisierung Gesamtsystem im Gang ➤ Aufgabenteilung Bund/Kantone definitiv geregelt ➤ Verordnungsentwürfe redigiert und Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen

<p><u>Ziel 21</u> EAV: Übergang Einheitssatz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beschliessen und Inkraftsetzung der Verordnung zum Alkoholgesetz per 1.7.1999. Damit verbunden sind Vereinfachungen und Liberalisierungen im Spirituosengewerbe ➤ Entsteuerung: Effiziente und geordnete Ent- und Wiederbesteuerung der Spirituosenvorräte auf den 1.7.1999
<p><u>Ziel 22 *</u> Sicherstellung der Jahr 2000-Fähigkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Koordination und Überwachung der Umstellungsarbeiten durch den Jahr-2000-Ausschuss ➤ Fortsetzung der Sensibilierung der obersten Führungsstufen mit Informationsveranstaltungen ➤ Fortsetzung des Jahr-2000-Controllings, das mittels Kennzahlen zweimonatlich den Fortschritt der Umstellungsarbeiten in der Bundesverwaltung ausweist
<p><u>Ziel 23</u> Optimierung der Informatik-sicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Umsetzung des Sicherheitsprozesses gemäss den Sicherheitsweisungen des BFI
<p><u>Ziel 24 *</u> Umsetzung von NOVE-IT</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Personal migrationskonzept liegt z.H. des BR bis zum 31. März 1999 vor ➤ Der erwartete Nutzen ist als Spar- bzw. Effizienzsteigerungsvorgabe für den Informatikbereich nach Departementen aufgeschlüsselt und der Bundesrat über die Art des Nachweises bis am 31.3.1999 orientiert ➤ Der Verpflichtungskredit für das gesamte Projekt ist vom Parlament verabschiedet ➤ Ab 1. Juli 1999 ist die Führung in den neuen Strukturen operativ ➤ Wo neue Strukturen operativ werden, sind die Verantwortlichkeiten und Modalitäten der Jahr 2000-Fähigkeit geregelt
<p><u>Ziel 25</u> Bau-, Liegenschafts- und Beschaffungswesen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Umsetzung der Reorganisation und Schlussbericht

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<u>Ziel 1</u> * Beziehungen zur EU	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Genehmigungsverfahren der bilateralen Abkommen unter Einschluss flankierender Massnahmen ➤ Integrationsbericht ➤ Botschaft zur Volksinitiative „Ja zu Europa“ ➤ Bereinigung offener Fragen im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen Schweiz-EWG von 1972
<u>Ziel 2</u> * Wirtschaftspolitische Strategie	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für die nächste Legislaturperiode
<u>Ziel 3</u> * Weiterführen der Departementsreform	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss des Projekts MINERVA: Bildung eines neuen Bundesamts als Kompetenzzentrum für Wirtschaftsfragen aus BAWI und BWA ➤ Einführen der Führung mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG) in: <ul style="list-style-type: none"> - den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten - dem Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe - dem Eidgenössischen Gestüt ➤ Redimensionierung und Festlegen der neuen Organisationsform der wirtschaftlichen Landesversorgung

<p><u>Ziel 4</u> Nutzung des Internet, um der Öffentlichkeitsarbeit neue Impulse zu verleihen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Themenbezogenes Web-Forum des EVD lancieren ➤ Publikumsinformation der Ämter und des Departements koordinieren ➤ Gedankenaustausch zwischen der Öffentlichkeit und dem EVD erleichtern ➤ Internet-Angebot des Departements einem breiteren Publikum zugänglich machen
<p><u>Ziel 5 *</u> Bildung - Forschung - Technologie</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung der parlamentarischen Diskussion der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000-2003 ➤ Konkrete Umsetzung der präzisen Zielsetzungen der Botschaft „Bildung-Forschung-Technologie“ für die Jahre 2000 und folgende
<p><u>Ziel 6 *</u> Reform und Stärkung der Berufsbildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung einer Vernehmlassung und Ausarbeitung einer Botschaft zu einem totalrevidierten Berufsbildungsgesetz ➤ Unterstützung der parlamentarischen Beratung eines Lehrstellenbeschlusses II und Vorbereitung von dessen Umsetzung ➤ Konsolidierung der Berufsmaturität (Informationskampagne, Revision der Rahmenlehrpläne etc.) ➤ Neupositionierung der höheren Fachschulen in einer veränderten Berufsbildungslandschaft – Erlass einer Rahmenverordnung ➤ Weiterentwicklung des Bildungscontrollings mit dem Ziel, die bestehenden oder im Aufbau begriffenen Qualitätssysteme der Berufsbildungsinstitutionen zu prüfen und die Ergebnisse miteinander zu vergleichen ➤ Reorganisation des SIBP

<p><u>Ziel 7</u> Mitgestaltung des Prozesses zur Schaffung der „Fachhochschullandschaft Schweiz“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Integration der Fachhochschulen in das Netzwerk „Hochschule Schweiz“ ➤ Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ➤ Unterstützung des Kompetenzaufbaus im Bereich der praxisorientierten Forschung und Entwicklung ➤ Unterstützung des Aufbaus von nationalen Kompetenznetzwerken, Vorbereitung einer ersten Serie von Kandidaturen
<p><u>Ziel 8 *</u> Konkretisierung einer Bildungsoffensive im Zusammenhang mit der Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Konzept und Aktionsplan Bildungsoffensive ➤ Bericht und Antrag an den Bundesrat über Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft ➤ Umsetzung gemäss Entscheid Bundesrat
<p><u>Ziel 9 *</u> Zutritt zu den ausländischen Märkten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verabschiedung der vom BAWI vorbereiteten Massnahmen ➤ Ausarbeitung einer gesicherten Schweizer Position für die neuen multilateralen Wirtschaftsverhandlungen (insbesondere Landwirtschaft und Dienstleistungen) im Rahmen der WTO und Verabschiedung eines entsprechenden Mandates ➤ Ausbau des Netzes von EFTA-Freihandelsabkommen (insbesondere mit Kanada, Tunesien, Aegypten, Zypern, Malta, ev. Mexiko) ➤ Ausbau des Netzes von Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewegungen (prioritär mit den EFTA-EWR Staaten, den USA, Australien und Neuseeland) ➤ Verabschiedung eines neuen Exportförderungs- und Investitionsrisikogesetzes (IRG)

<p><u>Ziel 10</u> * Massnahmen zu Gunsten der KMU</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vereinfachung der Bewilligungsverfahren und administrative Erleichterungen ➤ Task Force KMU als Kompetenzzentrum etablieren
<p><u>Ziel 11</u> Umsetzung der zweiten Etappe der Agrarreform (Agrarpolitik 2002)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vollzug des neuen Landwirtschaftsgesetzes; erste Evaluation und Bericht an den BR über die Entwicklung der Lage der Landwirtschaft ➤ Unterstützung der parlamentarischen Beratung des ersten Zahlungsrahmens 2000-2003 (Art. 6 LwG) ➤ Durchführung einer Vernehmlassung über die Aufhebung des Getreidegesetzes und Ausarbeitung einer Botschaft (zusammen mit der Revision des Landesversorgungsgesetzes) ➤ Durchführung einer Vernehmlassung und Erlass der neuen Pflanzenschutzmittelverordnung und der Änderung der Giftverordnung
<p><u>Ziel 12</u> Schaffung der Voraussetzungen für die Ratifizierung des 1991 revidierten Intern. Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Revision des Sortenschutzgesetzes: Eröffnung der Vernehmlassung im Rahmen der Revision des Patentgesetzes [Federführung liegt beim EJPD/IGE]
<p><u>Ziel 13</u> * Arbeitslosenversicherung: Reorganisation</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Optimierung der Vollzugsstrukturen
<p><u>Ziel 14</u> * Neugestaltung der Wohnungspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bericht an den Bundesrat ➤ Behandlung der Initiative „Ja zu fairen Mieten“ ➤ Bereinigung und Minderung der Verluste aus dem WEG-Vollzug ➤ Neuer Finanzausgleich

<p><u>Ziel 15</u> * Wirtschaftliche Landesversorgung: Anpassung der Pflichtlagerhaltung und deren Regelung an die veränderten Bedürfnisse</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung einer Vernehmlassung über die Änderung des Landesversorgungsgesetzes (Finanzierung der Pflichtlagerhaltung, Beteiligung an internationalen Massnahmen zur Versorgungssicherung) und Ausarbeitung einer Botschaft (zusammen mit der Aufhebung des Getreidegesetzes) ➤ Pflichtlagerbericht 1999 zuhanden des Bundesrates (Pflichtlagerpolitik für die Jahre 2000-2004)
<p><u>Ziel 16</u> BSE: Ermöglichung der Wiederaufnahme der Exporte von Lebewild und Tierprodukten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kontaktierung und Information ausländischer Regierungsstellen und internationaler Organisationen ➤ Einführung eines neuen Systems der Kontrolle des Verkehrs der Nutztiere
<p><u>Ziel 17</u> Qualitative Verbesserung des Tierschutzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung einer Revision des Tierschutzgesetzes

ZIELE FÜR DAS JAHR 1999

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 1999 * Ziele basierend auf den Jahreszielen 1999 des Bundesrates	Massnahmen 1999
<u>Ziel 1</u> Das UVEK verfügt über eine wirkungsorientierte Führungs- und Organisationsstruktur	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verabschiedung einer Departementsstrategie ➤ Erlass einer Departementsverordnung
<u>Ziel 2 *</u> Der öffentliche Verkehr ist verstärkt wettbewerbsfähig und auf die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Instrumente der Bahnreform werden konsequent angewendet ➤ Entscheide betreffend Massnahmen zur verstärkten Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene werden getroffen ➤ Die Botschaften zu Lärmschutz und NEAT-Gesamtkredit werden verabschiedet ➤ Mitwirkungsverfahren und Bereinigung des Sachplanes Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) sind abgeschlossen; der Antrag an den Bundesrat ist bereinigt ➤ Abschluss neuer resp. Anpassung bestehender Luftverkehrsabkommen; insbesondere Unterzeichnung des Luftverkehrsabkommens mit der EU ➤ Die Machbarkeitsstudie über die Integration von ziviler und militärischer Flugsicherung ist abgeschlossen

<p><u>Ziel 3</u> Die Grundlagen der Planung sowie zur Kostensenkung beim Bau und Unterhalt der Nationalstrassen sind bereit gestellt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorschläge aus Fachberichten sind in einer Verordnung verankert und in Kraft gesetzt ➤ Das 6. Mehrjahresprogramm für den Bau der Nationalstrassen ist verabschiedet
<p><u>Ziel 4 *</u> Die Wege für eine marktgerechte und ökologische ausgerichtete Energiepolitik sind geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Nachfolgeprogramm zu Energie 2000 wird erarbeitet und beschlossen ➤ Die Botschaft zum Elektrizitätsmarktgesetz wird verabschiedet ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Atomgesetzgebung wird durchgeführt
<p><u>Ziel 5</u> Erste Schritte zur Gestaltung der Medienpolitik der Zukunft sind eingeleitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grundzüge der künftigen Rundfunkordnung werden festgelegt ➤ Das Detailkonzept des neuen RTVG wird erstellt
<p><u>Ziel 6 *</u> Die Umsetzung der Strategie „Informationsgesellschaft Schweiz“ ist eingeleitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Jahresbericht wird dem Bundesrat unterbreitet ➤ Die dringenden Massnahmen sind definiert und deren Umsetzung nach Möglichkeit in Gang gesetzt
<p><u>Ziel 7 *</u> Die Instrumente für eine nachhaltige Umweltpolitik sind verstärkt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ratifizierung des ECE/UNO-Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen ➤ Genehmigung des Berichts über die lufthygienischen Massnahmen des Bundes und der Kantone, die mit Hilfe des Nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe realisiert wurden ➤ Vorbereitung der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zur Klimakonvention durch die Schweiz und Verabschiedung des CO₂-Gesetzes durch das Parlament ➤ Ausarbeitung und Genehmigung einer Botschaft zur Änderung des Umweltschutzgesetzes (Gen-Lex), das die Gentechnologie im ausserhumanen Bereich regelt

	<ul style="list-style-type: none">➤ Genehmigung und Inkraftsetzung einer zweiten Serie von Verordnungen zur Revision des Umweltschutzgesetzes vom 1. Juli 1997➤ Genehmigung und Inkraftsetzung der Ergänzung der Lärmschutz-Verordnung durch Belastungsgrenzwerte für den Lärm der Landesflughäfen➤ Genehmigung und Inkraftsetzung einer Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung➤ Genehmigung und Inkraftsetzung des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz
--	---

Jahresziele 1999 des Bundesrates im Überblick

- Ziel 99-1 Schaffung der Stiftung Solidarische Schweiz
- Ziel 99-2 Weiterverfolgen der Arbeiten an der Verfassungsreform - Vorbereitung der Umsetzung der Justizreform mit dem Bundesgerichtsgesetz
- Ziel 99-3 Regierungs- und Verwaltungsreform: Weiterführung der Umsetzungsarbeiten zum Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz - Modernisierung der Personalpolitik
- Ziel 99-4 Föderalismus-Reform durch neuen Finanzausgleich - Eröffnung der Vernehmlassung
- Ziel 99-5 Umsetzung Haushaltsziel 2001, Inangriffnahme der Vorbereitungsarbeiten für eine unbefristete Regelung der Haushaltssteuerung, Fortführung Subventionsüberprüfungen, fiskalpolitische Standortbestimmung
- Ziel 99-6 Vernehmlassung über die neue Finanzordnung mit ökologischen Anreizen
- Ziel 99-7 Restrukturierung der Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK); Entscheidung über die neue Anlagestrategie der Pensionskasse des Bundes (PKB)
- Ziel 99-8 Massnahmen zur Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen: Fusionsrecht - Versicherungswettbewerb - Stempelabgabe - Beschleunigung und Straffung bundesrechtlicher Verfahren - Neuordnung der obligatorischen Pflichtlagerhaltung und Änderung des Landesversorgungsgesetzes
- Ziel 99-9 Sicherstellung eines möglichst reibungslosen Jahreswechsels 1999/2000 und Umsetzung der Strategie „Informationsgesellschaft Schweiz“
- Ziel 99-10 Vorbereitung der Umsetzung der Reformen im Hochschulbereich und Förderung der wissenschaftlichen Forschung; Weiterführung der Beteiligung an Forschungs- und Bildungsprogrammen auf internationaler Ebene
- Ziel 99-11 Reform und Stärkung der Berufsbildung
- Ziel 99-12 Finanzielle Konsolidierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge sowie Revision des Rentenalters
- Ziel 99-13 Arbeitslosenversicherung: Optimierung der Vollzugsorganisation
- Ziel 99-14 Neuregelung der Spitalfinanzierung
- Ziel 99-15 Konsolidierung der bundesrätlichen Drogenpolitik

Ziel 99-16	Konsolidierung der Migrationspolitik
Ziel 99-17	Aufwertung des Rätoromanischen zur Teilamtssprache
Ziel 99-18	Neugestaltung der Wohnungspolitik
Ziel 99-19	Festigung des gesellschaftlichen Stellenwerts des Sports
Ziel 99-20	Weiterführung einer nachhaltigen Umweltpolitik
Ziel 99-21	Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs
Ziel 99-22	Massnahmen für eine marktgerechte und ökologisch ausgerichtete Energiepolitik
Ziel 99-23	Beziehungen zur EU: Genehmigungsverfahren der bilateralen sektoriellen Abkommen und parlamentarische Debatte zur Stellung der Schweiz in Europa
Ziel 99-24	Schaffung der bestmöglichen Bedingungen für den Zutritt zu den ausländischen Märkten
Ziel 99-25	Vorarbeiten zum UNO-Beitritt
Ziel 99-26	Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes: Allgemein und im Zusammenhang mit der Wahrung der schweizerischen Interessen im Bereich Schweiz - Zweiter Weltkrieg
Ziel 99-27	Verhandlungsmandat WTO-Ministerkonferenz und Verhandlungsprogramm - neue multilaterale Wirtschaftsverhandlungen
Ziel 99-28	Ausbau der Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden
Ziel 99-29	Sicherheitspolitischer Bericht 2000
Ziel 99-30	Weitere Massnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit
Ziel 99-31	Bilaterale Verträge mit allen Nachbarstaaten im Bereich der grenzüberschreitenden justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit

Jahresziele 1999 des Bundesrates:

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte (Verabschiedung pro Halbjahr)

A Institutionen und Finanzen

A/1 Staatsleitungs- und Verfassungsreform	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Staatsleitungsreform		X
• Währungs- und Zahlungsmittelgesetz (WZG)		X
• Bundespersonalgesetz	X	

A/2 Finanzpolitik und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge des Bundespersonals	X	
• Zweiter Subventionsbericht	X	
• Teilrevisionen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer sowie des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG)	X	

B Die wichtigsten Aufgabengebiete

B/1 Wirtschaft- und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz)		X
• Fusionsgesetz		X
• Bundesgesetz über die Versicherungsaufsicht		X

• Teilrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag		X
• Revision des Bundesgesetzes über Muster und Modelle (Designschutzgesetz)	X	
• Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz)	X	
• Teilrevision des Stempelgesetzes (2 Vorlagen)	X	
• Botschaft zur Revision des Sortenschutzgesetzes		X
• Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes		X
• Bericht und Botschaften zu Massnahmen zur Beschleunigung und Straffung bundesrechtlicher Verfahren		X

B/2 Forschung und Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Revision des Berufsbildungsgesetzes		X

B/3 Soziale Sicherheit - Gesellschaftspolitik - Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• 11. AHV-Revision	X	
• 1. Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	X	
• Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Revision der freiwilligen Versicherung)	X	
• Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1998 über die Neuordnung der Spitalfinanzierung	X	
• Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „für tiefere Arzneimittelpreise“	X	
• Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „für eine freie Arzt- und Spitalwahl“	X	
• Bundesgesetz über die Heilmittel	X	
• Übereinkommen über die soziale Sicherheit der europäischen Binnenschiffer		X
• Amtssprachengesetz	X	
• Finanzierung der Tätigkeiten der Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 2000-2003	X	

• Botschaft über ein Sanierungspaket zur Bereinigung und Minderung der Verluste und Zahlungsrisiken aus dem Vollzug des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG)	X	
• Botschaft über einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zu fairen Mieten“		X
• Revision des Filmgesetzes		X
• Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Turnen und Sport		X
• Leitlinien für eine künftige Sportpolitik des Bundes		X

B/4 Infrastruktur - Umwelt - Raumordnung	<u>1. Halbjahr 1999</u>	<u>2. Halbjahr 1999</u>
• Botschaft über eine Beteiligung an der EU-Gemeinschaftsinitiative für grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit (INTERREG III) in den Jahren 2000 bis 2006	X	
• Bericht über die Kernstädte	X	
• Bericht über lufthygienische Massnahmen des Bundes und der Kantone	X	
• Botschaft zum Übereinkommen über den Schutz des Rheins		X
• Gen-Lex-Motion (96.3363). Teilrevision des Umweltschutzgesetzes		X
• Botschaft zur Ratifikation der Rotterdam-Konvention		X
• Botschaft zur Umsetzung des Alpenschutzartikels		X
• Botschaft zum neuen NEAT- Gesamtkredit	X	
• Botschaft über die Lärmsanierung der Eisenbahnen	X	
• Elektrizitätsmarktgesetz	X	
• Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes	X	

B/5 Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Bericht über die sektoriellen Verhandlungen Schweiz/EU unter Einschluss von Botschaften über verschiedene, vom Parlament zu genehmigende Vereinbarungen und innerstaatliche Rechtsanpassungen	unbestimmt	unbestimmt
• Botschaft zur Volksinitiative „Ja zu Europa!“	X	
• Integrationsbericht 1999	X	
• Bericht über die Neuorientierung und Verstärkung der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (KOKO)		X
• Botschaft zum Übereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	X	
• Bericht über das erste Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (Postulat Columberg No 91.3195 vom 19.6.1991, Verpflichtungen der Schweiz im Bereich der Menschenrechte)		X
• Aussenhandelsförderungsgesetz	X	
• Rückzug von Vorbehalten zur EMRK	X	

B/6 Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 1999	<u>2. Halbjahr</u> 1999
• Ausbau der Beteiligung an PfP	X	
• Sicherheitspolitischer Bericht 2000	X	
• Teilrevision Militärgesetz	X	
• Botschaft zur Umverteilungsinitiative	X	
• Teilrevision des Korruptionsstrafrechts	X	
• Teilrevision des Sexualstrafrechts (Verjährung bei Sexualdelikten an Kindern)	X	
• Botschaften zu bilateralen Abkommen im Bereich der grenzüberschreitenden justziellen und polizeilichen Zusammenarbeit	X	X